

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntag.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 12. Oktober 1905.

№ 119.

Die Kathedersozialisten.

I.

Dieses Wort Heinrich Bernhards Oppenheims über den „Verein für Sozialpolitik“ hat — objektiv genommen — gewiß viel innere Berechtigung, aber sind Kautsky, Mehring, Liebknecht jun. und viele andere revolutionäre Sozialdemokraten nicht auch Kathedersozialisten? Es kommt daher in der Praxis der Sache bloß auf den Resonanzboden an, den die Betroffenen hinter sich haben, oder den sie glauben für die Verwirklichung ihrer Absichten in Anspruch nehmen zu müssen. Wenn auch die deutsche Arbeiterklasse noch unter der Einwirkung der Jenaer Debatten steht, darf sie doch nicht stillschweigend an Verhandlungen vorübergehen, wie sie vom Vereine für Sozialpolitik auf seiner Generalversammlung vom 26. bis 28. September in Mannheim gepflogen wurden. Im 33. Jahre seiner Tätigkeit stehend, kann dem Vereine das Zeugnis nicht verweigert werden, jederzeit auf seinen Tagungen in freimütiger, offener Sprache die Schäden unserer Zeit in der Gesetzgebung, auf dem Wirtschaftsbetriebe und in sozialer Beziehung behandelt zu haben. Bezeichnenderweise war es ebenfalls in Köln, als vor mehr als acht Jahren Verlesch auf den „vierten Stand“ toastete und der Vater Werner Sombarts sagte: „Gestern sei die Rede des Herrn von Verlesch eine mutvolle Tat genannt worden. Es sei eine mutvolle Tat unter den heutigen Verhältnissen, aber eine Schande sei es, daß unsere Verhältnisse so beschaffen seien, daß in dem Aussprechen seiner Ueberzeugung eine mutvolle Tat erblickt werden könne.“ Und Professor Hertner, damals noch in Karlsruhe, sagte: „Die Arbeiterklasse ringt nach höherer Lebenshaltung; ihr in diesem Kampfe entgegenzutreten, das könnte zu Zeiten deutscher Schmachd führen, wie sie den Bauernkriegen gefolgt sind.“ Der Unterstaatssekretär von Kottenburg sagte klipp und klar: „Das bestehende Recht wird nicht so gehandhabt, daß es dem Rechtsbewußtsein entspricht... In jedem Stände gibt es unruhige Köpfe, die ein Recht mißbrauchen können, aber diese Möglichkeit wiegt federleicht gegen die Gefahr, die aus der Verletzung des allgemeinen Rechtsbewußtseins entspringt.“ So wie damals in Köln, sind die Kathedersozialisten bis heute geblieben: in bürgerlichen Kreisen die einzige Richtung, welche es wagt, der herrschenden Gesellschaft die Wahrheit zu sagen, im übrigen aber steht dem „Verein für Sozialpolitik“ jede Aktionskraft. So sehr das zu bedauern ist, muß doch der Freimut anerkannt werden, mit dem die Angehörigen jenes Vereins sich über die Allgemeinheit interessierende öffentliche Fragen äußern. In höherer Maße noch als vor acht Jahren gilt das — allerdings bis zur Hoffnungslosigkeit eingeschränkte — Wort des „Vorwärts“ über die Mannheimer Tagung: „Wir wußten nicht, warum wir den Wert dieser Rundgebung verkleinern sollten, wenn wir uns auch von jeder Ueberhöhung der Bedeutung des deutschen zünftigen Gelehrtenums frei wissen.“ Treffender urteilt Genosse Georg Bernhard jetzt in der „Neuen Gesellschaft“ über den Verein für Sozialpolitik und seine Tätigkeit:

Er zählt zu seinen Mitgliedern die Elite unserer volkswirtschaftlichen und teilweise auch juristischen Universitätslehrer. Männer, wie Adolf Wagner, Brentano, Schmoller, Bücher, von Hippelovich, Sombart, Max Weber, Gierke, Jaskrow, dürfen verlangen, daß ihr Wort in der Öffentlichkeit gehört wird, und auch die Sozialdemokratie hat kein Recht, das Lebenswerk dieser Männer unbeachtet zu lassen. Schon deshalb nicht, weil ihre Schüler in Nord- und Süddeutschland und auch über die schwarzgelben Grenzpfähle hinaus die akademischen Lehrstühle und Verwaltungsposten besetzt halten. Es gäbe nichts verblicheres für die Kulturaufgaben, die unsre Partei zu erfüllen hat, als in den Augen der Arbeiterklasse unsere lebenden Nationalökonomien einfach deshalb herabzusetzen, weil sie „bürgerlich“ sind. Es besteht ja bei uns in einzelnen Kreisen stark die Neigung, aus jedem bürgerlichen Professor einen ausgekauften Trottel zu formen; aber ich glaube, es ist ebenso gefährlich, die heutige nationalökonomische Wissenschaft auch da, wo sie Anerkennenswertes leistet, zu verhöhnen, wie dem bürgerlichen Liberalismus, da wo er wirklich noch vorhanden ist, in den Rücken zu fallen.

Wovon eines Sozialdemokraten, den man nicht hinzuzufügen braucht, um zum Nachdenken anzuregen.

Es stellt gewissermaßen ein Reisezeugnis für den genannten Verein dar, daß er zu seiner diesjährigen Generalversammlung hervorragende Vertreter der Großindustrie eingeladen und ihnen die Möglichkeit eröffnete, sich in den strittigen Fragen öffentlich zu äußern. Regierungsrat Leydig vom Zentralverbande deutscher Industrieller, Geh. Kommerzienrat Kirchoff, Fabrikant Franken, Bergmeister Engel und der auch unseren Lesern bekannte Sekretär der Saarbrücker Handelskammer, Dr. Tille, hatten der Einladung entsprochen, und sie benützten die Rednertribüne des Kongresses sehr eifrig, um sich in möglichster Gründlichkeit vor aller Welt — zu blamieren!

Die beiden wichtigsten Punkte der Generalversammlung waren dem „Arbeitsverhältnisse in den privaten Niesenbetrieben“ und dem „Verhältnis der Partelle zum Staat“ gewidmet. Professor Lujo Brentano-München, der in seiner geistigen Frische und unerschütterlichen Arbeitskraft nur noch ein Pendant an Bebel findet, referierte zu dem erstgenannten Punkte und begründete in demselben folgende Leitsätze:

I. Das heutige Arbeitsverhältnis beruht auf einem Vertrage zwischen gleichberechtigten, freien Personen. Doch kennt das Recht nur erst den individuellen, noch nicht den kollektiven Arbeitsvertrag. Dieser unfertige Zustand des Rechtes ist die Hauptursache der heutigen Arbeitsverhältnisse.

II. Das Arbeitsverhältnis in den Niesenbetrieben beruht auf einseitiger Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch den Arbeitgeber. Von diesem Standpunkte aus erscheint schon das bestehende Recht revolutionär, noch revolutionärer das Streben, das Grundprinzip des heutigen Arbeitsvertragsrechtes durch Einführung des kollektiven Arbeitsvertrags zur Wahrheit zu machen.

III. Teils aus technischen, teils aus ökonomischen Gründen sind die Arbeitsbedingungen, von deren Festsetzung es sich im kollektiven Arbeitsvertrage handelt, weder individuelle, noch können sie individuelle sein. Bei Ablehnung des kollektiven Arbeitsvertrages ist es daher nicht die Freiheit des Arbeiters, nach seinem besten Ermessen zu handeln, die man wahren möchte, sondern die Freiheit des Arbeitgebers, durch Verhandeln mit einzelnen Arbeitern deren Gesamtheit seinen Willen aufzuzwingen.

IV. Nicht anders verhält es sich mit dem Schutze der sogenannten Arbeitswilligen. Diese pflegen entweder fremde Arbeiter zu sein, die meist ohne Kenntnis der Streitfrage während einer Arbeitslosigkeit erst herangezogen werden, um die eignen Arbeiter zum Nachgeben zu nötigen, oder jene Minderheit von Arbeitern, die, durch Wohlfahrtsanstalten bestimmter Art gefesselt, außerstande gesetzt sind, von den ihnen von der bestehenden Gesetzgebung eingeräumten Rechten Gebrauch zu machen.

V. Die Abneigung der Vertreter der Niesenbetriebe gegen den kollektiven Arbeitsvertrag hat ferner zur Organisation der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände durch den Zentralverband deutscher Industrieller geführt. Seitdem ein energisches Auftreten der Arbeitgeberverbände gegen Tarifverträge und zahlreiche Aussperrungen wirklich Arbeitswilliger, weil diese von ihrem Organisationsrechte Gebrauch gemacht haben.

VI. Gegenüber solchen Bestrebungen erscheint die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine als unzureichend, um den erwünschten sozialen Frieden zu sichern. Als notwendig erscheint außerdem:

1. Ersetzung der Ausnahmevorsorge des § 153 der Gewerbeordnung durch die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches über körperlichen Zwang und Drohung.
2. Gesetzlicher Schutz des Sichkoalierens, nicht nur des Sichnichtkoalierens.
3. Der Erlass von tatsächlichen, zwingenden Vorschriften, durch welche der Mißbrauch der Wohlfahrtsanstalten als Nachmittel ausgeschlossen wird.
4. Die Statuierung eines Zwanges für Arbeitgeber und Arbeiter, mit Vertretern der Organisation der Gegenpartei über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln.
5. Zur Durchführung des Verhandlungszwanges die Bestimmung, daß Staatsaufträge und Arbeiten anderer öffentlicher Korporationen nur an Unternehmer vergeben werden dürfen, die sich verpflichten, alle Arbeitsverhältnisse in ihren Betrieben vor Einigungsamt und Schiedsgericht zum Austrage zu bringen, und die keinerlei Verbindung angeheben, welche das Verhandeln mit Arbeitervertretern verweigert.
6. Zu dem gleichen Zwecke muß für jedes Gewerbe eine Organisation der Arbeiter geschaffen werden, die unter Wahrung des Fortbestandes der bestehenden Berufsvereine sämtliche Arbeiter des betreffenden Gewerbes umfaßt.
7. Die freigestellten Vertreter beider Parteien, als welche auch Personen, die weder als Arbeitgeber noch als Arbeiter dem Gewerbe angehören, gewählt werden können, haben unter Vorsitz eines Unparteiischen alle Streitfragen über abzuschließende Arbeitsverträge zu regeln. Als Unparteiischer hat, wo eine Wahl durch die Parteien selbst nicht zustande kommt, der Vorsitzende des Gewerbegerichtes des Bezirks zu fungieren.
8. Was im kollektiven Arbeitsvertrage vereinbart wird, muß für alle an dem betreffenden Gewerbe Beteiligten die gleiche rechtliche Gültigkeit haben wie die Bedingungen des individuellen Arbeitsvertrags.

Zu seiner Begründung schlug Brentano dem Industriefeudalismus gegenüber Töne an, wie sie demselben von dieser Stelle aus wohl noch nicht in den Ohren geklungen haben mögen. Unarmherzig ging der Redner mit den „Herrn im Hause“ ins Gericht, die außer ihrem Machtdünkel, ihrer Herrschsucht und ihrer Arbeiterunterdrückung nichts in der Welt bestehen lassen wollen. Gleichzeitig wies Brentano mit zwingender Logik und in warmer Verteidigung auf die Kulturmission der Gewerkschaften hin, deren Förderung er in dringendster Weise empfahl. Zu seinem großzügigen Referate beklagte Brentano, daß der Gesetzgeber das Recht zur Organisation gegenüber den Angriffen von Interessentenverbänden

schußlos gelassen habe, welche Unfertigkeit des Arbeitsvertragsrechtes sich die Arbeitgeber in den Niesenbetrieben zunutze gemacht hätten. „Die Autorität im Betriebe“, von der einst Herr Bueck geschrieben, sei die „Autorität im Sinne des russischen Zarismus“. Redner ging auf den letzten großen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiete ein und sagte, daß wenn man in bestimmten Kreisen gegen den kollektiven Arbeitsvertrag sei, so geschähe es nicht, um gegen die Beschränkung der individuellen Freiheit des Arbeiters beim Arbeitsvertrage zu protestieren, sondern die unbeschränkte Freiheit des Arbeitgebers sei maßgebend. Dieser Taktik entspreche die ängstliche Fürsorge für die Arbeitswilligen, jener Spezies von Arbeitern, die sich angeblich danach sehnen, zu schlechteren Arbeitsbedingungen als ihre organisierten Arbeitskollegen zu arbeiten. Wörtlich fuhr dann Brentano fort, und wir halten seine Ausführungen wichtig genug, um sie ungekürzt hier wiederzugeben:

Um diese zu schützen, hat man eine Zuchtshausvorlage verlangt, hat man den Straßgesetzen manche bedenkliche Dehnung gegeben. Wer sind die Arbeitswilligen, deren Recht, zu schlechteren Arbeitsbedingungen zu arbeiten, man ängstlich zu schützen sucht? Zum großen Teile sind es Arbeiter, die man aus dem Auslande herbeiholt, die man, nachdem man den Schutz der nationalen Arbeit durch Schutzzölle profaniert, herbeiholt, um denen, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, die Preise zu drücken. Es handelt sich also bei dieser Argumentation lediglich um das Recht der Arbeitgeber, durch Streikbrecher ihre eigenen Arbeiter zu zwingen. Durch Arbeiterfürsorgeeinrichtungen sucht man bei den Großbetrieben den Arbeiter dauernd zu fesseln und den Arbeiter innerhalb und außerhalb des Arbeitsbetriebes zu jedweder Unterwerfung zu zwingen. Durch diese Art Einrichtung wird jedwedes Recht, welches die Reichsgesetze gewähren, dem Arbeiter genommen, und die Unterdrückung der Arbeiter in den Niesenbetrieben erstreckt sich bis auf das religiöse, politische, soziale Leben, ja selbst die Geschäftsliebe werden durch Verbote unter die Vormächtigkeits der Niesenbetriebe gebracht. Nicht der Wille des Gesetzes ist hier maßgebend, sondern der Wille des Betriebsleiters wird Gesetz. Die modernen Wohlfahrtsinstitutionen, die nur wenigen zugute kommen, leisten ja nicht einmal das, was der Grundherr gegenüber seinen Hörigen leistete, und sie dienen allem anderen als dem sozialen Frieden. Dann bilden die durch Wohlfahrtsinstitutionen gefesselten Arbeiter die Arbeitswilligen, d. h. sie müssen, wenn sie nicht sich und ihre Familie wirtschaftlich schädigen wollen, weiter arbeiten. Wenn es in Amerika einen neuen Erwerbszweig gibt, den Unternehmern eine freiwillige Truppe von Streikbrechern zur Seite zu stellen, so hält man sich in unseren Niesenbetrieben durch Wohlfahrtsinstitutionen eine Streikbrechertruppe. Diese Einrichtungen dienen nicht als Mittel zum sozialen Frieden, sondern als Kampfmittel. Das verläßt den sozialen Kampf und die Uebermacht der einen Seite. In den Großstädten ist es eine erschreckliche Erscheinung, daß sich die Arbeiter den Arbeitsvertrag durch kollektivistische Arbeitsverträge sichern wollen. Dagegen erbob sich aber alsbald der Zentralverband deutscher Industrieller. Morgen sind es fünfzehn Jahre, daß Herr Bueck auf unserer Tagung in Frankfurt die denkwürdigen Worte ansprach: „Die deutschen Arbeitgeber werden, soweit ich unterrichtet bin, den Organisationen der Arbeiter keinen Widerstand entgegenstellen, aber nie werden sie sich verstehen, die Vertreter der Arbeiterorganisationen als gleichberechtigte Faktoren bei der Festsetzung des Arbeitsvertrags anzuerkennen, niemals werden sie, wenn nicht von außen Zwang angewendet wird, zugeben, daß der Unternehmer auf sein Recht, den Arbeitsvertrag mit jedem einzelnen Arbeiter festzusetzen, verzichtet“. Wenn der Satz richtig ist, daß der individuelle Arbeitsvertrag das Wohl des Arbeiters bedingt, weshalb läßt man ihn denn nicht arbeiten? Aber sobald die Arbeiter von dem Rechte der Organisation Gebrauch machen, werden sie unerbittlich ausgesperrt, bis sie abgeschrieben haben. Das ist ein System, geeignet, aus den Arbeitern Lügner und Heuchler zu machen und in die deutsche Arbeiterschaft die Pest des Weheimbundes zu tragen. Das deutsche Volk hat ja einmütig gegen diese Politik Stellung genommen; wenn man das Recht der Arbeiter auf den kollektiven Tarifvertrag anerkannt hätte, wären der Bergarbeiterstreik und die große Metallarbeiterausperrung in Bayern vermieden worden. Es stehen noch schwere, erbitterte Kämpfe bevor, lediglich, weil die Arbeitgeberorganisationen keine Reigung haben, die dem Arbeiter seit Jahrzehnten von unserer Rechtsordnung gewährten Rechte anzuerkennen. Das

deutsche Volk hat ein zu großes Interesse an dem sozialen Frieden. Es ist niemand erlaubt, mitten im Gedränge mit dem Revolver zu schießen, er muß seinen Fall vor Gericht bringen. Angesichts der neuen Vorkommnisse brauchen wir eine neue Rechtsordnung. Was nützt uns alle Anerkennung der Berufsvereine, so lange der § 153 der Gewerbeordnung so viele Gefahren bei Anwendung des Koalitionsrechtes im Gefolge hat. Wir brauchen Strafbote gegen Unternehmer oder deren Angestellte, welche unter Drohung die Arbeiter verhindern, sich zu koalieren. Was nützt alle Anerkennung der Berufsvereine, wenn durch Wohlfahrtsinstitutionen das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht ausgehöhlet wird! Wir brauchen eine Kasuistik der Wohlfahrtsinstitutionen unter strengen Vorschriften, welche einen Mißbrauch der Macht ausschließen. Was nützen die Arbeiterkammern, wenn sie die Unternehmer nicht anerkennen? Wenn nun Kurzsichtigkeit und Leidenschaftlichkeit unsere Unternehmer verhindern, einzusehen, daß eine Verständigung im Interesse der Allgemeinheit gelegen ist, so muß die Allgemeinheit einen Zwang anwenden, ohne den die deutschen Arbeitgeber, wie Herr Bueck vor 15 Jahren gesagt hat, nicht nachgeben werden.

Nach diesem eindrucksvollen, mit stürmischem, anhaltenden Beifalle ausgezeichneten Referate kam als Korreferent ein Scharfmacher, Leydig=Berlin, zu Worte. „Dies Kind, kein Engel ist so rein“, sagte später Dr. v. Rottenburg, sieht überall nur die angegriffenen Unternehmer. „Es gebe keine Aussperrung, der nicht ein Angriff der Arbeiterorganisationen vorausgegangen sei.“ Der Herr weiß jedenfalls nichts davon, daß man z. B. den Arbeiter zwingt, aus seiner Organisation auszutreten, oder Reverse zu unterschreiben, einer solchen nicht beizutreten, und dadurch Streiks hervorruft, die dann mit Aussperrungen beantwortet werden. Daß man schon ein Vorfälligwerden von Arbeitern um Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit Maßregelungen beantwortet hat, ist eine unleugbare Tatsache. Wiesberts wies später darauf hin, daß am Niederrhein z. B. Konventionen bestehen, die jeden Arbeiter, der das Gewerbegericht anruft, boykottieren und so die Arbeiter zur Gegenwehr zwingen. Derartige Unternehmer sind aber unschuldig. Raiver kann man wohl auch nicht sein als dieser Herr, der bestritt, daß der Arbeitgeber ein Machtübergewicht besitze, während selbst der Freimüthige Goldschmidt erklären mußte: „Im Saarreviere ist die Abhängigkeit der Arbeiter himmelschreiend.“ Mit geradezu klassischen Worten forderte der Korreferent die widerprüchlose Sklaverei: „Wir vertreten den Standpunkt, daß wie beim Militär im Betriebe militärische Ordnung und Unterordnung zu herrschen habe.“ Daß ein solcher Mann von den Tarifverträgen sagt, sie wären „der erste große Schritt zur Durchführung des sozialistischen Staates“, nimmt nicht Wunder, es wäre bloß zu wünschen, daß er recht hätte. Wiesberts bezeichnete es als einen falschen Schluß, daß der ungünstige Ausfall der Streiks in letzter Zeit die Arbeiter außerstande setze, künftig noch Kämpfe zu führen. Die ganze Entwicklung der Gewerkschaften spreche dagegen. Es wäre daher im Interesse der Allgemeinheit dringend zu wünschen, daß die Großbetriebe den Tarifverträgen ein größeres Verständnis entgegenbrächten. Bezüglich der „Wohlfahrtsinstitutionen“ unserer Großindustriellen sagte Wiesberts: „Heute allerdings würden die Wohnungs- und Pensionskassen von den Großbetrieben benötigt, um dem Arbeiter die Bewegungsfreiheit und Organisation zu nehmen. Diese Einrichtungen sind heute nicht mehr zeitgemäß und entsprechen nicht dem freien Arbeitsvertrage.“ Harter Naumann ging zunächst auf den Jenaer Parteitag ein; dessen Vorgänge zeigten, „daß im Wesen der Arbeiterkämpfe eine wesentliche Wandlung vor sich gegangen ist“. Nach Jena könne man „wohl von einer dauernden Niederlage des Revisionismus sprechen“. Die Aussichtslosigkeit der Streiks im alten Sinne habe diese Situation in der Sozialdemokratie geschaffen. Der Arbeiter vermöge sich keinen Weg auszudenken, wie er auf normalem Wege zu einer Besserstellung kommen könne. „Diese Situation der Aussichtslosigkeit ist es auch, welche unser ganzes wirtschaftliches und kulturelles Leben bedrückt.“ Unter stürmischem Beifalle er-

klärte Naumann, daß die staatsbehaltenden Kräfte nicht dort liegen, „wo man mit Unnachgiebigkeit und Kaltblütigkeit die deutsche Arbeiterschaft in den Radikalismus hineinreibt“. Der Großindustrie stehe es am wenigsten an, im Wiedermaankstone von der staatsstützenden Sozialdemokratie zu reden.

Nein, wenn irgendwo Brüder sind, so ist es der Großkapitalismus und die sozialistische Theorie. Der Unterschied liegt nur in der Herrschaftsfrage: Soll die neue Produktionsform aristokratisch oder demokratisch sein? Alles moralische Pathos über die Verworfenheit der Sozialdemokratie kann man sich von Handwerker, Landwirte, Kleinkaufsmann gefallen lassen, aber nicht von den Leuten, deren ganze Phantasie dahingehet, über das ganze Land ein Netz von Organisationen zu schaffen, in denen der einzelne Unternehmer nichts ist als ein Funktionär, wo das Ganze von wenigen Personen geleitet wird. Alle Sympathien der öffentlichen Meinung müssen auf jenen beruhen, die die Organisationen verallgemeinern wollen. Wir müssen den Arbeitern aller Konfessionen zurufen: Ihr müßt in die Organisationen hinein, denn ihr werdet in ihnen staatsbehaltend! Die Organisation des Abhängigen wird das Refugium, wo sich der individualistische Geist hinüberrettet, damit Geist und Verstand nicht von der monarchischen Uebermacht, vom kollektivistischen Leiter der Produktionsverhältnisse werden.

Arbeitersekretär Erkelenz=Düsseldorf, Professor Bernhard-Posen, Gewerkschaftsleiter Gleichauf=Berlin und Arbeitersekretär Fischer=Reutlingen widersprachen dem Korreferenten. Schriftsteller Klemm=Essen plädierte für die Scharfmacher, Privatdozent Harms=Lüdingen für den Verhandlungszwang, während der Generalsekretär Tille=Saarbrücken kurz und bündig erklärte: „So lange es möglich ist, daß 195 000 erwachsene Männer unter Vertragsbruch die Arbeit niederlegen, fehlt diesen Arbeitern die sittliche Reife, einen Vertrag abzuschließen.“ Welcher hohnvoller, jede Menschenwürde mit Füßen tretender Provokationen durch die Grubenbarone es erst bedurte, um den letzten Rest menschlichen Bewußtseins bei diesen niedergetretenen Menschen zu entfachen, welche Brutalität erforderlich war, diese großenteils unorganisierten Arbeiter in den Streik zu peitschen, davon redete dieser „Herrenmensch“ nicht. Professor Weber=Marburg fertigte den Herrn Tille gehörig ab, verwies auf die Sympathien der öffentlichen Meinung, ja sogar des Reichskanzlers und des Grafen Pofadowsky für die Streikenden, und zog den Schluß, daß ein Arbeitsvertrag, der nichts weiter sei als ein Unterwerfungsvertrag zugunsten der Unternehmer, mit unseren heutigen sittlichen Begriffen nicht vereinbar sei. Redner schilberte dann die Unterdrückung der Arbeiter im Saarreviere. Man lese oft, daß Arbeiter in Annoncen erklären, nicht für eine bestimmte Partei, z. B. das Zentrum, gestimmt zu haben. „Kanaille“ sage ich. Aber gleichzeitig frage ich: Wer erzieht die Leute zur Kanaille? (Zuruf: Königlichliche Bergbeamte!) Man müsse die Sticksucht im Saarreviere kennen, wo alles vor der Großindustrie zittere. Fabrikbesitzer Franken=Gelsenkirchen bezeichnete den Bergarbeiterstreik als eine Folge der Erregung der Arbeiter bei den Reichstagswahlen. „Den Arbeitern habe man damals so viel versprochen gehabt, daß sie sich nicht länger hinhalten lassen wollten.“ Man sieht, um Ausreden sind diese Herren nie verlegen.

Die ganze Debatte bildete eine einzige Niederlage der Scharfmacher. Ohne uns zu den Zeitläßigen Brentanos zu äußern — es steckt viel Zukunftsmusik darin —, steht das eine fest, daß nur durch die Macht der Gewerkschaften, durch ihre erzieherische und schöpferische Kraft der Herrenstandpunkt der Tille und Genossen niedrigerungen werden kann. Die Gewerkschaften haben keinen Grund, trotz der immensen Macht jener Industriemagnaten zu verzweifeln, denn die Tatsache, daß jene Herren wohl die Regierung, aber nicht die öffentliche Meinung ignorieren können, beweist ihr Erscheinen auf dem Kongresse der Sozialpolitiker, wo sie vergeblich mit probigen Redensarten zu verdecken suchten, daß die Entwicklung der Arbeiterorganisationen den Herren bereits schwere Bedenken einflößen. Das Wachstum und die Ver-

tiefung der Gewerkschaften werden das übrige dazu beitragen, daß die Bäume jener Herren nicht in den Himmel wachsen, und daß das Menschentum auch im Reiche der Tille, Thyssen und Kirchow keine Terra incognita bleibt.

Entscheidung der laut § 51 des Tarifes errichteten Schiedsgerichte.

(Veröffentlicht vom Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker.)

Kreis VIII (Berlin-Brandenburg).

Schiedsgericht Berlin.

Klageobjekt: Entziehung vorteilhafter Satzfrüde.

Sachverhalt: Der Kläger setzte in einer Zeitung, die vom gewissen Gelbe ins Berechnen genommen wurde. Während die berechnenden Segler nur den glatten Text ohne jeden vorteilhaften Satz zur Herstellung erhielten, wurden die Inserate im gewissen Gelbe hergestellt, letzteres war auch beim Kurze der Fall. Der Kläger und seine Mitarbeiter erhoben aber Anspruch auf Herstellung des Kurzes, und zwar unter Verpflung auf Note 75 des Kontenabz. Die Firma lehnte dies ab mit der Motivierung, daß die Kläger nur den Korpusrest herzustellen und deshalb mit der Pett nicht zu tun hätten. Dies war während 14 Tagen der Fall; mittlerweile ist das Berechnen wieder eingestellt worden.

Entscheid: Die Firma ist verpflichtet, für 14 Tage dem Kläger und Genossen zusammen 12 Mt. nachzahlen, die unter die berechnenden Segler zu verteilen sind.

Klageobjekt: Wiedereinstellung.

Sachverhalt: Der Kläger ist seit 15 Wochen als Maschinenmeister beschäftigt. Etwa 14 Tage vor seiner Entlassung — er stand ohne Kündigung — war ihm ein Band über die Form gelaufen. Den Druck lieferte er ab, ohne hiervon dem Obermeister oder dem Prinzipale etwas zu melden, so daß der Druck nebst den etwa 50 Bogen Makulatur zur Ablieferung kam. Später hierüber zur Rede gestellt, will Kläger dem Obermeister gesagt haben, daß er es vergessen hätte, den Fehldruck zu melden, jagte aber hinzu, daß er in der Frühstückspause auf Hänselein seiner Kollegen erwidert habe: „Wo das Band darüber gegangen, ist der Druck am besten!“ Dies habe der Obermeister gehört und habe das dem Prinzipale mitgeteilt. Deswegen sei er zur Entlassung gekommen, weil die Firma der Ansicht sei, daß er über seinen Fehldruck eine Schadenfreude empfunden habe; dies hätte aber nicht in seiner Absicht gelegen, sondern seine Worte seien nur gegen seine Kollegen gerichtet gewesen.

Die Firma dagegen erklärt, daß erweisen der Kläger verpflichtet war, den Fehldruck rechtzeitig und ordnungsgemäß zu melden, und zweitens habe die Auslassung des Klägers über seinen Fehldruck wesentlich anders gelaute, wie er angibt; denn der Kläger hatte sich ausgelassen: „Es ärgere ihn fürchtbar, daß das Band nicht über die ganze Auflage gegangen sei!“ Diese Aeußerung habe er sogar dem Obermeister gegenüber wiederholt. Auch wird dieselbe durch den Vertrauensmann bestätigt.

Entscheid: Das Schiedsgericht hat nach Anhörung der Parteien das Gefühl, daß die Auslassung des Klägers zwar ungebührlich, jedoch nicht mit der Absicht ausgesprochen war, über seinen Fehldruck eine Schadenfreude zu empfinden und diejer zum Aerger der Firma Ausdruck zu geben. Dagegen ist der Kläger mit seinem Klageantrage abzuweisen.

Begründung: Die Entlassung des Klägers ist ordnungsgemäß erfolgt, und das Schiedsgericht hat deshalb kein tarifliches Recht, auf Wiedereinstellung des Klägers zu entscheiden.

Klageobjekt: Anerkennung der Maßregelung.

Sachverhalt: Der Kläger war Vertrauensmann der Maschinenfabrik; als solcher hatte er eigenemale Gelegenheit nehmen müssen, tarifliche Interessen seiner Kollegen zu vertreten und war das letztemal wegen des Berechnens eines Metteurs mit der Geschäftsleitung in Verhandlung getreten. Zeitlich hiermit zusammenfallend, war an Stelle eines erkrankten Maschinenfabrikers ein anderer getreten; als ersterer nach etwa 14 Tagen wieder die Arbeit antrat, erhielt der Kläger gefühndigt, während der Erkrankten des erkrankten Maschinenfabrikers in seiner Stellung verblieb. Der Kläger folgert nun hieraus, daß er nur zur Entlassung gekommen sei, weil er Vertrauensmann gewesen und weil er als solcher ungerne gesehen wurde.

Der Vertreter der Firma erklärte demgegenüber, daß er seit Monaten mit dem Kläger nicht zu verhandeln gehabt hätte; er hätte ihn nur wiederholt darüber zur Rede gestellt, daß er ihn öfters nicht an seiner Arbeit fand. Alle übrigen Sachen seien mit dem Arbeiterausschuße geregelt worden. Bei dem vom Kläger angelegenen Streitfalle handle es sich darum, daß sich beide Parteien beschimpft haben. Der Kläger sei entlassen worden wegen ungebührlichen Betragens.

Entscheid: Dem Kläger wird die Vormerkung beim Arbeitsnachweise zugelassen.

Begründung: Aus den Aussagen der beiden Parteien läßt sich ein klarer Sachverhalt nicht gewinnen, denn ihre Angaben über den eigentlichen Grund der Entlassung gehen weit auseinander. Das Schiedsgericht ist

aber der Ansicht, daß ein gewisser Zusammenhang zwischen der Entlassung des Klägers und seinem Eintreten für Beilegung nichttariflicher Zustände bestehen könnte, und es beschloß deshalb, in Wahrung der Rechte der Gehilfen, für tarifliche Verhältnisse einzutreten, dem Kläger den Schutz des Arbeitsnachweises zuzusprechen.

Klageobjekt: Antrag auf Maßregelung.

Sachverhalt: Der Kläger war als Maschinenmeister auf dauernd engagiert. Innerhalb der ersten drei Tage seiner Beschäftigung wurde er von seinen Kollegen zum Vertrauensmann gewählt, und bereits am dritten Tage wurde der Kläger auf Verlangen seiner Kollegen beim Obermeister vorstellig mit der Klage, daß die Maschinen insgesamt sich in einem sehr unsauberen Zustande befänden und daß deshalb um eine baldige Reinigung derselben ersucht würde. Der Kläger machte auch noch auf andere Mißstände aufmerksam, was zu einem Wortwechsel mit dem Obermeister führte, dem dann die sofortige Entlassung folgte.

Die Besklage wendet dagegen ein, daß nach den Angaben des Obermeisters der Kläger entlassen wurde, weil er erklärt hatte, er wolle an einer schmutzigen Maschine nicht arbeiten.

Entscheid: Dem Kläger wird der Schutz des Arbeitsnachweises zugestanden.

Begründung: Das Schiedsgericht ließ sich auf eine Unteruchung der Frage, ob die von dem Kläger angeführten Mißstände wirklich vorhanden waren, nicht ein und vernimmt deshalb auch die von denselben gestellten Zeugen nicht. Es stellte vielmehr fest, daß der Kläger zur sofortigen Entlassung gekommen ist, weil er im Auftrage seiner Kollegen mit in dem Arbeitsverhältnisse begründeten Wünschen an den Obermeister herangetreten ist, was nach der Auffassung der Schiedsrichter ein Grund zur Entlassung nicht sein darf. Das Schiedsgericht gibt aber seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß das Personal sich einen Kollegen zum Vertrauensmann wählte, der erst drei Tage unter ihnen tätig war, und dem man es nun zumute, über Mißstände im Arbeitsverhältnisse mit dem Obermeister und der Firma zu verhandeln.

Korrespondenzen.

Berlin. (Verein Berliner Korrektoren.) Am 24. September beging der aus der Verschmelzung der „Gesellschaft Berliner Korrektoren“ und des „Vereins Deutscher Korrektoren“ hervorgegangene „Verein Berliner Korrektoren“ sein erstes Stiftungsfest nach der Fusion im weichen Saale des „Alexandriners“, Alexandrinenstraße, durch einen Festkommers. Namens des Festauschusses hieß Kollege Max Zehden die erschienenen Gäste und Mitglieder willkommen und leitete die Darbietungen des Festprogramms später durch einen von ihm selbst gedichteten und vorgetragenen stimmungsvollen Prolog, der in zündenden Worten darauf hinwies, daß nur durch vollständige Einigkeit der Korrektoren etwas erreicht werden könne, wirkungsvoll ein Musikvortrag und launige Festlieder, wach letztere dem Humor der Dichter das beste Reizmittel ausstellten, erhöhten die Feststimmung. Im zweiten Teile des Programms, nach vorangegangener Erbauung, hielt der zweite Vorsitzende Wittenberg (der erste Vorsitzende war leider durch Krankheit am Erscheinen verhindert) die Festrede, in der er u. a. folgendes aussprach: Ein Jahr ist es heute her, seit die beiden Nivalen W. D. K. und W. B. K. unter freundlicher Nachhilfe der Organe des Verbandes der Deutschen Buchdrucker miteinander verschmolzen wurden. Gestatten Sie mir daher einen kurzen Rückblick über unsre Arbeit. In seiner Allgemeinen Versammlung wurde von autoritativer Seite in dem Referate auf die Zusammenfassung des Korrektorenverbandes aus heterogenen Elementen als die Hauptaufgabe unserer bisherigen Schwäche hingewiesen und der Appell an alle Korrektoren gerichtet, getreu dem Dichterworte „als ein dienendes Glied an ein Ganzes“ sich anzuschließen, d. h. die Einigung der Korrektoren im großen, starken Buchdruckerverbande zu inaugrieren. Sie haben damals einstimmig dies in Prinzip angenommen, und so war dem unsre unermüdete Arbeit im vorigen Jahre ganz darauf gerichtet, diesem Beschlusse durch Ausbau der Organisation im weiten deutschen Vaterlande Geltung zu verschaffen. Wir können mit dem Ausgerichtetem ganz zufrieden sein, wenn es auch hin und wieder scheinen mag, als ob bei dem damaligen Paten eine leise Reaktion eingetreten sei. Ja, meine Herren, ich kann es wohl hier im trauten Kreise offen aussprechen: es soll sich um das Patengeschick handeln. Nun, meine Herren, die Sache wird in aller gegenseitigen Freundschaft und Achtung weiter betrieben werden, und es bleibt zu hoffen, daß die Korrektoren zuguterletzt doch nicht etwa das Mosenbrödel unter den Parteien sein werden. Man muß selbstverständlich seinen Paten immer mit Vertrauen entgegenkommen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wir haben, bei Lichte gesehen, daß dem Eifer unsrer Vorstehenden schon im gegenwärtigen Augenblicke unsere Organisation über die weitestgehenden Teile von Deutschland ausgedehnt. Alle großen Druckstädte, wo vorher nicht der leiseste Hauch von einem Vereinsleben zu spüren war, sind jetzt mit Gauenvereinen (bis jetzt 14) resp. Ortsvereinen besetzt, und auch in kleineren Druckzentren wie Jossen, Neubabelsberg, herrscht reges Leben. Ich nenne Leipzig, München, Hamburg, Stuttgart, Magdeburg, Breslau, Danzig, Düsseldorf, Hannover, Mannheim, Chemnitz, Raumburg usw.

Leben überall! Das gibt uns eine Berechtigung, in erstem Sinne von einer Korrektorenbewegung zu sprechen. Und in der Tat ist diese Bewegung nichts künstliches, sondern das natürliche Produkt langjähriger Enttäuschungen. Hoffen und Harren macht manchen zum Narren, meine Herren, und die Korrektoren haben gehofft auf günstiges Walten anderer Instanzen, bis sie schwarz wurden, denn auch ihnen hastet ein gut Teil von deutschen Michel an, der erst langsam in Rage kommt, dann aber herb zuschlägt, und auch ein Stück vom verkrümmten Boeten, der bei der Teilung der Welt zu spät kommt. Immer geduckt auf ihre Arbeit, mit unendlicher Geduld Fehler und Ungleichmäßigkeiten ausstehend, erwerben sie sich einen gewissen Gleichmut des Philosophen, Selbstlosigkeit und Anspruchslosigkeit. Das Nil admirari, über nichts sich wundern, wird ihnen zur Übung. Also gehofft haben wir alle Jahre auf ein günstigeres Walten der Patzen, aber es wurde doch nichts Rechtes daraus. Warum? Weil wir uns auf andere verlassen und nicht auf unsre eigne Kraft. Die Widerstände, wenn sie auch nicht immer genehm sind, erfüllen nämlich eine wichtige Aufgabe im Weltgetriebe wie im Wirtschaftsleben, und in dieser wichtigen Rolle ist gleichzeitig die Existenzberechtigung der einzelnen Sparten, auch der Korrektorensparte, nachgewiesen. Es hat eben jedes Individuum seine Kraft einzusetzen für den richtigen Zusammenhang der Dinge, und es ist eine Sünde, gegen die ewigen Naturgesetze die Hände in den Schoß zu legen und sich vom Kampfe der Berufsgenossen für die gemeinsamen Interessen abseits zu halten. Vielleicht mit der Entschuldigend, es kommt auf dich nicht an. Und doch kommt es sehr darauf an, denn wir stehen und fallen mit der Einigkeit aller Kollegen! An alle Kollegen, die uns noch fernsehen, richte ich heute die dringende Mahnung: Laßt euch in unsre Stammliste eintragen, weicht Herz und Verstand unsrer Sache. Einig müssen die Korrektoren in erster Linie sein. Wir kennen keine Unterschiebe mehr zwischen akademisch gebildeten, aus anderen Berufen übergetretenen Korrektoren und den eigentlichen Jüngern Gutenbergs — wie ein Märchen aus ferner Zeit klingt es, daß man sich einst dieserhalb herumgestritten hat. Wir kennen nur Korrektoren: Einer für alle und alle für einen! Jeder einzelne Korrektor in Berlin müßte das allerregte Interesse an der Fortentwicklung des Berliner Vereins nehmen. Denn niemals kann die hohe Bedeutung unsers Stellennachweises, der ja hier in Berlin den größten Teil aller Stellen vermittelt, verkannt werden. Heute rühmt sich vielleicht ein Kollege noch seines Glückes und seiner fetten und dauernden Kondition, und in der Nacht brennt die Wade ab, oder er geht durch langwierige Krankheit seiner Stellung verlustig. Wie oft tritt das Unerwartete ein! Traurig, wenn „Hans im Glück“ den Beitritt zu unserm Vereine veräumt hatte, denn während der Stellenlosigkeit ist ihm alles verschloffen: Nachwuchs wie Mitgliedschaft. Wie mancher erfährt dies schon! Gerade der Stellennachweis sollte für alle Berliner Korrektoren, von denen mancher noch in unseren Reihen steht, ein zwingender Grund zum Beitritte sein. Aber auch jedem sollte die Einheit und Geschlossenheit unsrer Bewegung sehr angelegen sein. Bei den künftigen Tarifberatungen sieht manches auf dem Spiele, und wir können es auch nicht anerkennen, daß nach unsrer Aufnahme in den Tarif alles gut und schön sei und wir weiter keiner Sonderorganisation bedürfen. Ich erinnere nur an die Ausschaltung der „wilden Konkurrenz“ in unserm Bereiche, und an die Pflüge unsrer geistigen Interessen. Da ist noch manches Brachland zu bearbeiten. Wir aber wollen uns heute froh erinnern, daß unser Verein auf diesem Wege einen tüchtigen Anlauf in diesem einen Jahre genommen und befruchtend auf die Provinzen eingewirkt hat. Die Sorge um die Zukunft soll unsere Sinne nicht beschweren. Wie der Boet, haben wir immer einen Platz im Himmel sicher. „So oft ihr kommt, ihr sollt willkommen sein“, tönt es uns überall entgegen: und den — Platz auf Erden werden wir uns wohl selbst sichern müssen. Die Grundlagen für eine erfreuliche Entwicklung zu schaffen, werden die nächstliegenden Aufgaben im folgenden Jahre sein. Ein Minister, ich glaube es war der „lange Müller“, hat zu den Vertretern des Handelsstandes sehr zutreffend gesagt, „daß jeder Stand nur denjenigen Einfluß auf die Gesetzgebung hat, den er sich selbst erkämpft.“ Das gilt auch von unsrer Interessengruppe: Wir müssen alle tüchtige Verbandsmitglieder werden, fleißig die Verbandsversammlungen besuchen und mit unsrer Meinung nicht hinter dem Busche halten. Dann werden die Früchte nicht ausbleiben! — Glückwünschedepeschen waren eingelaufen von den Brudervereinen Leipzig, München, Dresden, Hannover, Mannheim und Hamburg-Altona sowie von dem Vertreter der Korrektoren auf der Generalversammlung in Dresden, Kollegen Franz Albrechts. Dem gleichgültig sein erstes Stiftungsfest am selben Tage begehenden Brudervereine in Leipzig hatte unser Verein ebenfalls in einem Telegramme die besten Glückwünsche für eine kräftige Fortentwicklung ausgesprochen.

Wannsee. Der hiesige Ortsverein hielt am 30. September seine diesjährige Generalversammlung ab, in welcher die Mitglieder fast vollzählig erschienen waren, was wohl seinen Hauptgrund darin hatte, daß unser Gawortlicher F. Chr. Weissmann uns mit seinem Besuche besehrte. Das Erscheinen desselben war wegen der bei der Firma Krüger durch das Benehmen des inzwischen ausgeschiedenen Faktors entstandenen Differenzen erforderlich geworden, die jetzt durch Vermittelung des Kollegen Weissmann zu

beiderseitiger Zufriedenheit geregelt worden sind. Der Vorstand wurde bis auf den Vorsitzenden, welcher wegen voranschicklicher Abreise seinen Posten niederlegen mußte, wiedergewählt. Ferner wurde beschlossen, das Vereinsjahr in Zukunft mit dem Kalenderjahre zu vereinigen. Ortsvereine, welche Duplikate von Büchern und Zeitdriften haben, bitten wir, uns dieselben zur Vervollständigung unserer Bibliothek gefälligst zur Verfügung zu stellen. Sendungen sind an den Vorsitzenden zu richten.

B. Gießen. In der Vereinsversammlung vom 23. September entstand nach Erlebigung einiger interner Angelegenheiten eine längere Diskussion über den Bericht der Kartelldelegierten. In einer der letzten Kartellaffigierungen kam eine Anfrage der Handwerkskammer in Darmstadt zur Verlesung, worin Auskunft darüber verlangt wurde, ob das Kartell für Lithographen, Buchdrucker und noch ein paar andere, nicht im Kartelle vertretene Berufe, eine vierjährige Lehrzeit für notwendig halte, oder ob solche verkürzt werden könne. Der in der Sitzung anwesende Delegierte der Buchdrucker erklärte, daß er die vierjährige Lehrzeit für Lithographen und Buchdrucker unbedingt für nötig halte, über die anderen Berufe, worüber Auskunft verlangt werde, könne er sich nicht aussprechen, da er die nötigen Branchenkenntnisse nicht besitze. In der darauf entstandenen Diskussion erklärte der Delegierte der Buchdrucker nun folgendes: Für einen Buchdrucker sei eine Lehrzeit von 2½ Jahren vollständig genügend, er könne darüber wohl mitreden, da er davon auch etwas verleihe; er sei auch schon in einer Druckerei gewesen und habe auch schon einmal an einer Maschine gedruckt, das sei gar nicht so schwer, und wenn ein Lehrling vier Jahre lernen müsse, werde er nur ein Jahr länger ausgebeutet. Nun sollte man glauben, daß dieser Pessimist mit dieser Glanzleistung alle anderen Redner aus dem Felde geschlagen hätte, aber weit gefehlt! Er wurde noch übertrumpft von dem Delegierten der Metallarbeiter, der mit durch Sachkenntnis nicht getriebem Unverständnis folgendes ausführte: 2½ Jahre Lehrzeit ist für die Buchdrucker viel zu lang, das kann jeder in zwei Jahren gut genug erlernen. In zehn Jahren gibt es überhaupt keine Buchdrucker mehr, da machen alles die Maschinen! Zwei Jahre Lehrzeit sind für die Buchdrucker reichlich genug. (Der Betreffende ist Vorsitzender der Metallarbeiter hier.) Der Delegierte der Buchdrucker erklärte, daß man bei Aufnahme von Lehrlingen in Buchdruckereien verlangen dürfe, daß der Betreffende in bezug auf Schulkenntnisse, Gesundheit usw. sich einer Prüfung unterziehen müsse, erhielt jedoch zur Antwort, daß sei ein alter Pöpsel, und man sei froh, daß derselbe beiseite sei. Den Vogel schloß jedoch der Vorsitzende des Kartells ab, denn anstatt die Ansicht der Buchdruckerdelegierten zur Kenntnis zu nehmen, brachte er die Sache zur Abstimmung, und so wurde beschlossen, daß für die Finger der schwarzen Kunst eine dreijährige Lehrzeit genügend sei. Wer lacht da??? Unter „Verschiedenes“ brachte ein aus Weimar anwesender Kollege die tariflichen Verhältnisse der Druckerei Jungardt zur Sprache, welche in letzter Zeit zu mehreren, schriftlich eingereichten Klagen beim Bezirksvorstande Veranlassung gaben. Am Anfang dieses Jahres wurde genannte Firma wegen Nichtachtung der tariflichen Bestimmungen aus dem Tarifverzeichnis gestrichen; nur auf das Bitten der Firma hin, für die Zukunft den Tarif voll und ganz zur Einführung zu bringen, wurde die Streichung rückgängig. Den älteren Seher wird längeres Arbeiten vorgeführt (speziell den Maschinenseher), und „Mauschneisen“ angebroht, wenn sie wagen, die tariflichen Bestimmungen einzuhalten. Ein Kollege (Redakteur), welcher es unterlassen hatte, vorher Erkundigungen einzuziehen, verließ nach sehr kurzer Tätigkeit die gastliche Stätte, und der häufige Wechsel des Personals ist wohl darauf zurückzuführen, daß Herr F. fortgesetzt billigerer und willigerer Arbeitsträfte sucht. Die dafelbst beschäftigten Buchbinder werden zu Arbeiten an der Maschine herangezogen und ausgebildet. In sanitärer Beziehung ist auch hier noch vieles zu verbessern. Eine am 27. September in Weimar abgehaltene Versammlung (im Beisein des Bezirksvorstandes) beschloß einstimmig, die Streichung der Firma Jungardt aus dem Tarifverzeichnis zu beantragen.

Glückstadt. Am 30. September hielt der hiesige Ortsverein seine Ordentliche Monatsversammlung ab, die von den Kollegen gut besucht war. Dem hiesigen Ortsvereine gehören zurzeit 15 Mitglieder an, die sämtlich in der Buchdruckerei von F. F. Augustini in Kondition stehen. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Wahl eines stellvertretenden Schriftführers. An Stelle des Schriftführers Herrn Prösch, der seit Monaten die Versammlungen nicht beachtet, ebenso lange kein Protokoll eintrug, auch dem Vorstande das Protokollbuch auf wiederholtes Verlangen nicht ausgeliefert hatte und deshalb aus dem Vorstande ausgeschlossen ward, wurde für den Schluß des Rechnungsjahres der Kollege P. O. Loew gewählt. Beschllossen wurde ferner die Gründung einer Vereinsbibliothek. Verschiedene Kollegen erklärten sich bereit, dem Vereine Bücher zur Verfügung zu stellen. Da die pekuniären Verhältnisse des Vereins es leider nicht gestatten, viel Geld für Bücher anzulegen, bittet der Ortsverein die verehrten Vorstände der Ortsvereine sowie einzelne Kollegen, etwa vorhandene Duplikate an Büchern usw. dem hiesigen Vereine zu überlassen. Porto wird gern vom hiesigen Vereine getragen. Etwaige Sendungen wolle man an den Vorsitzenden W. Christensen, Gr. Namenloferstraße 37, richten. Leiter der Finanzen ist nach wie vor Kollege Zak. Kahle. Seit dem Frühjahr dieses Jahres ist der hiesige Ortsverein dem Gewerkschaftskartelle angeschlossen.

-ab- Hameln. Zellen wohl wird man in den Spalten des „Corr.“ etwas über die berühmte Hattenfängerstadt gelesen haben; im „Typograph“ vielleicht desto mehr, da hier sechs Verbandsmitglieder: 13 Untenbergbinder und fünf Wölbe gegenübersäßen. Deshalb wird es manchen Kollegen, der schon Gelegenheit hatte, hier zu gastieren, interessieren, etwas über Hameln zu hören. Am 24. September fand hier selbst auf Veranlassung der Verbandsmitglieder eine Allgemeine Buchdruckerversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Von den hier konditionierenden 25 Untenbergjungern waren zur Versammlung erschienen sechs Verbandsmitglieder, zehn Untenbergbinder (Ortsverein 14 Mann stark), zwei Wölbe (fünf); aus Pyromont ein, Rinteln drei und Springe vier Verbandskollegen. Die Versammlung wurde kurz nach 11 Uhr vormittags vom Vertrauensmann Rodenburg eröffnet, welcher auch als Vorsitzender amtierte. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung ein Referat über: „Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker und die Gewissensorganisation“, welches Kollege K. Rosenbruch-Hannover in freundschaftlicher Weise übernommen hatte, und worin er die Entstehung und den Verdegang der Tarifgemeinschaft sowie die Gründung des Verbandes klar legte. Der Vortrag war sehr interessant und lehrreich und erregte nach Beendigung desselben namens der Untenbergbinder Kollege Schrader dem Referenten herzlichen Dank. Nach kurzer Diskussion wurde die Versammlung ebenfalls mit einem Dank an Kollegen Rodenburg sowie die erschienenen Kollegen vom Kollegen Rodenburg geschlossen. Auch an dieser Stelle sei dem Kollegen Rodenburg nochmals gedankt. Ein Vorgehen wegen Tarifanerkennung bei der Firma C. W. Meyner erwies sich als nicht ganz lohnend, da sich dieselbe noch nicht binden wollte, aber die Angelegenheit im Auge zu behalten versprach. Die Firma L. Behrmann versprach die Anerkennung nach Eingang der Formulare, während bei der zweitgrößten Druckerei C. Schmidt nichts ausgerichtet wurde, da der Inhaber verreist war; doch soll es hier auf schriftlichem Wege versucht werden, den Inhaber an seine Pflicht zu erinnern. Bei den sonstigen Firmen vorzugehen, erwies sich als aussichtslos.

[-] Hannover. (Wiedertafel „Typographia“). Am 14. Oktober tritt unsere Wiedertafel anläßlich des einunddreißigsten Stiftungsfestes wieder mit einem Konzerte vor die Öffentlichkeit. Wie allerorts die Kollegengangsvereine in den letzten Jahren einen mächtigen Aufschwung genommen haben, so auch unsere „Typographia“; beträgt doch die Zahl der aktiven Sänger jetzt 108, denen etwa 300 passive Mitglieder treu zur Seite stehen. Ein weiterer Aufschwung der Wiedertafel ist durch die Auflösung des Gesangsvereins der Schlichterischen Buchdruckerei zu erhoffen, und sei auch an dieser Stelle den dortigen Sängern, die ja schon jetzt zum größten Teile passive Mitglieder der „Typographia“ sind, der aktive Beitritt nahegelegt. Besonders seien auch unsere jungen fangesfähigen Kollegen aufgefordert, der „Typographia“ beizutreten, eingedenk des Wahlspruches: „Der schwarze Kunst vielfältig Leib“ verlegt Gesang uns alle Zeit!“ Zu obigem Konzerte aber sei der „Typographia“ ein volles Haus beschieden.

Lübeck. In Nr. 106 des „Corr.“ ist in einer Korrespondenz aus Hamburg zu lesen, daß die Maschinenseherverhältnisse in Lübeck sehr schlechte seien und dringend einer Besserung bedürfen; eine demnächst in Lübeck einzuberufende Allgemeine Buchdruckerversammlung solle hierzu Stellung nehmen. Diese vom Norddeutschen Maschinensehervereine angeregte Versammlung fand am 1. Oktober hier selbst statt. Auf der Tagesordnung stand ein Referat: „Die Sechsmaschine und ihre technische Entwicklung“, das Kollege Hornig-Hamburg übernommen hatte. In der Diskussion, eröffnet vom Vorsitzenden des Lübecker Ortsvereins, tabelte man scharf die Taktik des Norddeutschen Maschinensehervereins, in die Öffentlichkeit zu gehen, bevor man sich an Ort und Stelle von den tatsächlichen Verhältnissen überzeugt habe. Aus der gepflogenen Aussprache ergab sich, daß die Verhältnisse der Maschinenseher in Lübeck lange nicht so schlimm liegen, als sie dem Berichterstatter der Hamburger Versammlung dargestellt worden sind. Differenzen bestehen nur bei den Nachsehern, von denen zwei in einer Disziplin nur sechs Stunden arbeiten und dementsprechend bezahlt werden, was mit ihrer Einwilligung geschieht. Von einem Hamburger Kollegen wurde dieses Verhalten als irrig und tarifunten erklärt. In einer andern Druckerei werden die Seher auch zu anderen Arbeiten herangezogen, so daß ihre Arbeitszeit nicht ausschließlich an der Sechsmaschine ausgefüllt wird. Jedenfalls ist anzunehmen, daß die Versammlung klärend gewirkt, und auch die Kollegen, die dem Vereine noch nicht angehören, zum Beitritte veranlaßt hat. Es ist anzukennen, daß der Norddeutsche Maschinenseherverein seine Sendboten ausschied, um Kollegen aufzuklären und neue Mitglieder zu werben, und daß er danach trachtet, in seinem Wirkungsbereiche auf tarifliche und ordnungsmäßige Zustände Gewicht zu legen.

-Im- Wünnen. Mit der Monatsversammlung am 20. September nahm die Typographische Gesellschaft ihre Winteraktivität auf. Neben Vereinsmitteilungen usw. bildete das Referat des Kollegen Sommer über die im Lokale ausgefallenen heurigen Johannisfestdrucksachen den Hauptpunkt des Abends. Dem Wämmergangsvereine „Typographia“ stiftete die Typographische Gesellschaft, als Anerkennung für die Unterstützung durch Vorträge beim 15. Stiftungsfeste, ein Bild, darstellend den „Ersten Druck zu Bamberg“. Das Geschenk wurde dem Kollegenvereine in einer der letzten Uebungsstunden überreicht und fand allgemeinen Beifall.

b. Posen. Unsere diesjährige Herbst-Bezirksversammlung fand am 24. September in Rawitsch statt. Der Bezirksvorsitzende Wagner-Posen begrüßte die erschienenen Kollegen. Nachdem der Gesangsverein „Typographia“-Posen einige Lieder zu Gehör gebracht hatte, wurde die Versammlung eröffnet. Das Protokoll der letzten Bezirksversammlung wurde genehmigt, desgleichen der erweiterte Massenbericht. Sodann ergriff der Vorsitzende das Wort, um in länger als einer Stunde sich über das Thema „Der Verband der Deutschen Buchdrucker und seine Tätigkeit“ zu verbreiten. Reicher Beifall wurde dem Vortragenden zuteil. Die inzwischen festgestellte Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 77 Mitgliedern aus Rawitsch, Lissa i. P., Posen, Kempen, Pleschen, Gnesen und Posen. Nach mehreren kürzeren Ausführungen verschiedener Mitglieder wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

J. Rottweil. Am 1. Oktober tagte in Rottweil die erste Bezirksversammlung des neugegründeten Bezirksvereins Schwarzwald, zu welcher aus Oberndorf 16, Trossingen 6, Schwenningen 7, Tuttlingen 8, Schramberg 2, Spaichingen 8, Rottweil 1 Kollege erschienen waren, außerdem waren aus Rottweil zwei Nichtmitglieder und ein Kollege aus Willingen als Gast anwesend. Der Vorsitzende Baumann-Oberndorf eröffnete die Versammlung um 3 Uhr durch warme Begrüßungsworte und erteilte hiernach dem Gewissensvertreter Knie-Stuttgart das Wort, der in lehrreichem Vortrage die Entwicklung des deutschen Buchdruckerverbandes und seiner Unterstützungsstellen behandelte und zum Schluß auf die Verhältnisse in Rottweil zu sprechen kam. Es ist fast unglücklich, daß in diesem allerdings noch hoffnungsvollen Orte noch Buchdrucker vegetieren, denen eine neunenthalbstündige Arbeitszeit zu kurz ist, die sich um keine tarifliche Bestimmung kümmern und einfach so lange im Geschäft bleiben, als ihnen beliebt. Kollege Knie gestellte auch das Verhalten dieser „Kollegen“ gebührend und gab dem Wünsche Ausdruck, daß, da er jetzt die Anerkennung des Tarifes von der Firma Rotschild erwirkt habe, auch danach gehandelt werde, und daß der Verband auch in Rottweil festen Fuß fassen möge. Als Vorwort für den neuen Bezirksverein wurde nach längerer Debatte Oberndorf gewählt; es herrichten leider über diesen Punkt große Meinungsverschiedenheit, da einige Redner den Vorstand aus Vertrauensmännern der verschiedenen Druckorte zusammengesetzt haben wollten. Betreffs des Beitrages kam man zu keinem Beschlusse, da die Zeit schon ziemlich vorgerückt war und verschiedene Kollegen an die Heimreise denken mußten. Es wurde daher dieser Punkt auf die nächste Versammlung vertagt. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung und wäre zu wünschen, daß die nächste erfolgreicher verliefte.

W. Stuttgart. (Württembergischer Korrektorenverein.) In der Monatsversammlung vom 1. Oktober konnte zunächst die Mitteilung gemacht werden, daß die veränderten Statistfragebogen sämtlich wieder eingegangen und (mit einer einzigen Ausnahme, die noch dazu ein in Geislingen händendes befindliches Unternehmen betrifft) die Beantworter in dankenswerter Weise beschriftet gewesen seien, nach bestem Vermögen in den Geist der Fragestellung einzubringen. Der Vorsitzende gab in groben Umrissen ein Bild davon, wie sich nach der Statistik die Lage der württembergischen Korrektoren darstelle, und konstatierte dabei, daß hauptsächlich in der Provinz sich eine starke Konkurrenz durch das Redaktions- und Kontorpersonal bemerkbar mache, die naturgemäß auch dem Vereine dort die Agitationsarbeit erschwere. Es wurde sodann — in Fortsetzung der Tagesordnung der letzten Versammlung — in die Beratung unserer Haltung zur Tarifrevision eingetreten, die nach ausgedehnter Debatte mit der einstimmigen Annahme verschiedener auf die Tarifberatung bezüglicher Anträge an die Zentralkommission resp. den Korrektorentag endigte. — Nachdem die überwiegende Mehrzahl der württembergischen Korrektoren sich nunmehr dem Vereine angeschlossen, wäre es wohl auch für die wenigen bis jetzt noch Abseitstehenden Pflicht, in die Spezialorganisation einzutreten, und nicht erst abwarten zu wollen, was diese erreicht. Denn es ist doch einleuchtend, daß nur dann mit Erfolg auf Bewirtlichung unserer Bestrebungen gerechnet werden kann, wenn die Angehörigen unserer Sparte in einmütigen Zusammenstehen die Notwendigkeit einer Verbesserung ihrer Lage zum Ausdruck bringen. Für die Zugehörigkeit zur Korrektorenorganisation gelten dieselben moralischen Gesetze wie für die zum Verbaude; mögen also die Säumnigen mit sich darüber zu Räte gehen, ob es gewerkschaftlichen Grundsätzen entspricht, wenn sie teilnahmslos zusehen, wie ihre Kollegen Zeit und Mühe aufwenden, um für alle Angehörigen unserer Branche bessere Verhältnisse zu schaffen.

Grundschau.

Eine Fachklasse für Buchdrucker ist auch in der städtischen Handwerkerschule in Breslau errichtet worden. Lehrlinge haben kein Schulgeld, Gehilfen 3 Mk. für das Winterhalbjahr zu entrichten.

Der Seherstreik in den Moskauer Druckereien ist all gemeiner, keine Zeitung erscheint. Ungefähr 1000 Seher verurteilen die Druckerei der Zeitung „Wiedomosti“ sowie zwei andere nicht bewachte Druckereien zu demolieren.

Fortsetzung in der Beilage.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 119. — Donnerstag den 12. Oktober 1905.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

auch wurden große Kundgebungen auf den Straßen von den Ausständigen veranstaltet. Die Streikenden wurden mehreremale durch Gendarmen und Militär zerstreut, versuchten jedoch, sich immer von neuem zu sammeln. Viele Personen sollen ernstlich verwundet sein. Es wird für Moskau ein Generalfreist aller Fabrik- und Eisenbahnarbeiter erwartet, die Bäder sind bereits ausständig.

„Robotschi“ nennt sich eine jetzt erschienene sozialdemokratische, in der Weimarerzeit des Zentralkomitees der russischen Partei hergestellte Zeitung.

Ein Sachfabrikant für Buchdruck hat sich in Zürich niedergelassen. Dieser „Sachfabrikant“ wird schwerlich dem schweizerischen Buchdruckgewerbe ein Helfer und Retter werden.

Wegen Verleumdung eines Streifbrehervermittlers sollte Medakteur Schubert vom „Sächsischen Volksblatt“, der gegenwärtig wegen der Montignoosaffäre acht Monate zu verbüßen hat, von dem Zwickauer Schöffengerichte noch eine „Zulage“ erhalten. Ein Wirt namens Pöger in Plauen hatte während des Weidauer Männerstreiks das gewiß nicht begehrenswerte Gewerbe der Arbeitswilligervermittlung betrieben, im „Zwickauer Volksblatt“ war deshalb der Arbeiterchaft von Plauen geraten worden, sich diesen Wirt genauer anzusehen. Wegen dieser Notiz strengte der Streifbrehervermittler Privatverleumdungsklage an. (Wortes Wunder, daß die Staatsanwaltschaft nicht ein öffentliches Interesse aus dieser zutreffenden Einschätzung des betreffenden Wirtes machte!) Das Gericht erkannte jedoch dem Beklagten den Schutz des § 193 zu, sprach ihn frei und padte sämtliche Kosten dem Kläger aus. Soweit wäre die Sache nun ganz gut verlaufen, aber es kommen zwei Momente hinzu, die ebenso eigenartig wie zu verurteilen sind. In der Anklageschrift bestand sich nämlich die Bemerkung, die Führer der Sozialdemokratie seien als Zuhälter der Partei zu betrachten, wogegen natürlich der Angeklagte lebhaft protestierte. Dann machte der Vertreter des Klägers die verblüffende Entdeckung, der Streik, wie er von der Arbeiterchaft geführt werde, sei kein gesetzlich erlaubtes Mittel, folglich könne dem Kläger kein Vorwurf aus der Streifbrehervermittlung gemacht werden; es gäbe keinen Gesetzesparagrafen, welcher vom Streik spreche. Einen Anwalt, der so absonderliche Ansichten über das Koalitionsrecht und seine Konsequenzen offenbart, möchten wir niemals beauftragt wissen, in Streikprozessen die Sache der Arbeiter zu vertreten.

Ein Arbeitersekretär wird nach Magdeburg gesucht. Außer den üblichen Fähigkeiten für einen solchen Posten wird auch rednerische Begabung verlangt. Bewerbungen sind mit einem Exkurs über die Aufgaben der Arbeitersekretariate auf sozialem Gebiete bis zum 20. Oktober an Wilhelm Großkopf, Pfläzgerstraße 13, einzusenden. Das Gehalt steigt stufenweise von 2000 bis auf 3000 Mk.

Mit den Wohlfaßzeineinrichtungen der Unternehmer ist es eine eigne Sache. In den meisten Fällen wird der Beweis möglich sein, daß der Vorteil davon nicht den Arbeitern, sondern den Unternehmern zuteil wird. Selbst in bürgerlichen Kreisen gewinnt diese Ansicht an Boden; die in heutigen Leitartikeln gebrachten Ausführungen des Professors Brentano über dieses Thema treffen gewiß nicht daneben. Geradezu ungläubig aber erscheint nach dem Vorgehen der von dem gegenwärtigen Streik betroffenen Textilfabrik Ernst Friedrich Weißlog in Gera, die — nach Meldung der „Leipziger Volkszeitung“ — jetzt ihre seit 1883 bestehende Sparkasse für Arbeiter aufgelöst und die bisher eingezahlten Barbeträge derselben als verfallen erklärt hat. Wenn dem so sein sollte, dann läge ja ein Delikt vor, daß nicht von der öffentlichen Meinung allein seine Beurteilung fände, sondern noch von einer Stelle aus, mit der niemand gern in Berührung kommt. Es wäre deshalb erwünscht, wenn die Öffentlichkeit einwandfrei den wirklichen Sachverhalt erfahren würde.

Zum Schadenersatz wegen unberechtigter Arbeitsniederlegung hat das Gewerbegericht in M.-Glabach jetzt zum zweitenmale ausständig Arbeiter verurteilt; es sind diesmal fünf streikende Weber der Spinnerei J. G. Brunner dafelbst. Die Höhe der Schadenersatzleistung ist uns nicht bekannt. Das Gewerbegericht in M.-Glabach ist augenscheinlich bemüht, der Unternehmerchaft begreiflich zu machen, auf welche bequeme Weise den Gewerkschaften bei ihrem Vorgehen ein Stein zu stellen ist. Wir haben in dem Falle Schött in Miesbitz bereits darauf hingewiesen, daß rechtlich sich nichts gegen die Anwendung dieser Waffe machen läßt, daß aber andererseits nicht zu häufig von ihr Gebrauch gemacht werden dürfte, weil ein solches Urteil praktisch recht wenig Bedeutung haben wird. Immerhin werden sich die Arbeiter vor Augen halten müssen, daß ihnen bei pflichtlichen Arbeitsniederlegungen, für die sie nicht vollständig den § 124 der Gewerbeordnung auf ihrer Seite haben, die Eventualität des Schadenersatzes droht.

Ueber die Tätigkeit der Gewerbegerichte im Jahre 1904 brachte das „Reichsarbeitsblatt“ auch in diesem Jahre wieder detaillierte Tabellen, denen wir in nachstehendem das Wesentlichste entnehmen sowie einige wesentliche Ergänzungen aus anderen Quellen wie auch eignen Berechnungen hinzufügen wollen. Im ganzen bestanden 412 (1903: 405) Gewerbe- und 419 (409) Innungsgerichtsgerichte. In Mecklenburg-Strelitz, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Schaumburg-Lippe sind weder Gewerbe- noch Innungsgerichtsgerichte vorhanden, letztere allein nicht in Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg-Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Lippe, Lübeck, Bremen, Hamburg und Elsaß-Lothringen. Von Arbeitern wurden gegen Unternehmer bei den Gewerbegerichten insgesamt 93850 (87429), von Arbeitgebern gegen Arbeiter 6574 (7008), von Arbeitern gegen Arbeiter 345 (454) Klagen angehängt. Durch Vergleich wurden erledigt 446.7 (42135), durch Verzicht 2564 (2629), durch Auerkenntnis 1602 (1678), durch Vermädnisurteile 10308 (9332), durch andere Urteile 16230 (15289). Das Streitobjekt betrug in 47510 (44014) Fällen bis zu 20 Mk., in 31727 (30696) von 20 bis 50 Mk., in 12199 (11050) von 50 bis 100 Mk. und in 6026 (5587) Fällen mehr als 100 Mk. Zu 402 (414) Fällen wurde Berufung an das Landgericht eingelegt. Die von Unternehmern gegen Arbeiter erhobenen Klagen sind also zurückgegangen, ebenso die von Arbeitern gegen Arbeiter. Die Zahl der Vergleiche ist zwar fast gleich geblieben (1904: 44.21 Proz. aller Klagen, 1903: 44.42 Proz.), immerhin ist sie eine ungewöhnlich hohe. Bei einzelnen Gewerbegerichten ist zudem eine beträchtliche Annahme der Vergleiche zu verzeichnen, bei anderen wieder ist der Rückgang der Klagen bemerkenswert, so in Mainz und in Bremen. Es wird dies hauptsächlich auf die günstige Rückwirkung der Tarifverträge auf das Arbeitsverhältnis, teils auch auf die zunehmende Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen bei den Unternehmern zurückgeführt. In Leipzig, wo die Zahl der Vergleiche eine ziemlich hohe ist, werden die gewerblichen Streitigkeiten möglichst schon im Sühnetermin erledigt. Die Vermädnisurteile belaufen sich auf 10,23 Prozent aller Klagenfälle, haben also noch um etwa 1 Proz. gegen 1903 zugenommen. — Die Tätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsamt ist eine geringe, sie ist gegen 1903 sogar noch um etwas zurückgegangen, denn im vergangenen Jahre waren nur 163 Anrufungen zu verzeichnen gegen 174 in 1903; 22 davon entfallen allein auf Berlin, hiernach folgt München. Städte wie Stuttgart und Kiel hatten nicht einen Fall einigungsamtlicher Tätigkeit aufzuweisen. Die Unternehmer sind es nachwieder, welche von einer Anrufung des Einigungsamtes nichts wissen wollen; dadurch erklärt sich auch, daß es verhältnismäßig nur selten zu kontradiktorischen Verhandlungen kommt. Wenn man sieht, daß nicht weniger als 47 erfolgreiche Einigungsverträge (ohne Schiedsspruch) gemacht wurden, wo es 1903 bei einer größeren Zahl der Anrufungen nur 36 waren, so ist das sehr bemerklich. Vereinarbeitungen kamen hingegen in dem verfloffenen Jahre 80 (54) zustande und Schiedssprüche 21 (13), Unterwerfungen unter diese waren 10 (7) zu verzeichnen. Die Arbeitgeber lehnten in 5 (10), die Arbeiter in 3 (4), beide Parteien in 3 (1) Fällen die Anerkennung des Schiedsspruches ab. Schließlich gaben die Gewerbegerichte noch 33 (23) Gutachten in gewerblichen Fragen ab und stellten 34 (18) Anträge an Staats- und sonstige Behörden.

Mit welcher Schnelligkeit Rentenentziehungen vollzogen werden, dafür erbringt der Berliner „Vorwärts“ im folgenden einen drastischen Beweis: „Seit Januar 1901 bezog in Langenbleau ein jetzt 31 Jahre alter früherer Fabrikarbeiter die Invalidenrente. Dieser „Rentner“ ist seit seiner Kindheit, wie der Augenschein lehrt, mindestens Halbblinder gewesen, jetzt aber auf dem kürzesten Wege zum Gangblinden. Er leidet an Krämpfen, hat stark verminderte Sehkraft und ist schwerhörig, die linke Hand resp. deren Finger sind teilweise verküppelt. Am 27. September 1905 mußte dieser Rentner vor der örtlichen Rentenstelle in Reichenbach erscheinen und schon am 29. September in der Nacht brachte ihn der Postbote im Eilbriefe den Bescheid der Landesversicherungsanstalt Schlessen in Breslau, daß ihm vom 1. Oktober 1905 ab die Invalidenrente entzogen sei, weil er noch imstande sein soll, das bekannte Drittel zu verdienen. Er ist etwa 48 Stunden ist diese Rentenentziehung durchgeführt worden. Dieser Edelmütigkeitsakt dürfte allgemeines Staunen erregen, denn um ist ein Fall bekannt, wo es bei derselben schlesischen Versicherungsanstalt 17. Jahr von der Stellung eines Rentenansatzes bis zur Erteilung des Bescheides dauerte.“ Uebrigens ist dieser Vorgang auch ein netter Beitrag zu der bewußten „vollen Kompotzschüssel“.

Die Errichtung öffentlicher Bäckhäuser wird in der neuesten Nummer der „Sozialen Praxis“ gefordert, um mit den Schweinereien im Bäckergewerbe

gründlich aufzuräumen. Nach dem Muster der öffentlichen Schlachthäuser sollen ähnliche Einrichtungen für das Bäckergewerbe geschaffen werden; jedem Bäckermeister soll nach der Größe seines Unternehmens eine Backstube, ein Auetraum, ein Vorrats- und ein Aufenthaltssaal zur Verfügung und alle diese Räume unter amtlicher Kontrolle stehen. Dieser gewiß gut gemeinte Vorschlag er-mangelt der Konsequenz, denn er bleibt auf halbem Wege stehen. Wenn den Mißständen im Bäckereibetriebe wirklich und nachhaltig abgeholfen werden soll, dann muß die Gemeinde mit diesen weniger oder mehr unwirtschaftlichen Kleinbetrieben überhaupt aufräumen und die Herstellung der Backwaren in eigne Regie übernehmen. Doch von diesem Experimente wird Dr. Gruenberg, welcher in der „Sozialen Praxis“ obigen Vorschlag macht, nichts wissen wollen, denn das wäre ein erheblicher Schritt hinüber zum Sozialismus.

Lohnbestimmungen wegen rückständiger Steuern, die an und für sich ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes oder Gehaltes zulässig sind, dürfen jedoch von der Steuerbehörde dann nicht vorgenommen werden, wenn seit der Fälligkeit der Steuerbeträge mehr als drei Monate verstrichen sind.

Die Benutzung der Vorderseiten von Reklamemarken zu schriftlichen Mitteilungen wie bei den Ansichtspostkarten ist von der Reichspostverwaltung nicht genehmigt worden. Die mit dieser Neuerung bei den Ansichtskarten gemachten Erfahrungen hätten gezeigt, daß das Sortiergehäuft recht erschwert werde durch Benutzung der einen Hälfte der Vorderseite zu Mitteilungen an den Adressaten.

Mit der Frage, welches die richtige Abkürzung für das Wort Mark sei, wandte sich kürzlich die Kaufmannschaft des kaufmännischen Vereins zu Bielefeld an das Reichsbankdirektorium in Berlin. Hieran ist die Antwort eingetroffen, daß einem Beschlusse des Bundesrates gemäß im amtlichen Verkehr als Abkürzung ein großes lateinisches M ohne Punkt zu gebrauchen ist. Auf älteren Cheats der Reichsbank sei allerdings das M noch mit einem Punkte zu finden.

Der Netzfreist in Remscheid ist beendet allem Anscheine nach zugunsten der streikenden und vertragsbrüchigen Ärzte. Unter Vermittlung des zweiten Vitzgermeisters soll nämlich ein fünfjähriger Vertrag auf Grund der freien Arztwahl abgeschloffen sein, das System der beamteten Ärzte wäre also beseitigt.

In der Druckerei Hempel & Co. in Berlin sind die Buchdruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen ausständig geworden. Ferner haben in Berlin die Steindruckerei der Firma A. Scala die Arbeit eingestellt. — Nach Erfurt sind nun auch die Buchbinder in Königsberg in den Streik getreten. Die von den Unternehmern gebotenen Bewilligungen waren ganz unzureichende, auch sollte der Tarif auf fünf Jahre festgelegt und auf weitere fünf Jahre verlängert werden, wenn eine Kündigung desselben nicht erfolge. Unsere Königsberger Schwäger wollen sich jedoch nur auf zwei Jahre binden. — Der Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie wird mit voller Kraft weitergeführt. Ob die Gerichte, daß es zu der weiteren Auszusperrung am 14. Oktober nicht kommen wird, sondern Wahrscheinlichkeit besteht, daß bis dahin Friedensschluß eingetreten sei, mehr sind als Wünsche und Vermutungen, vermögen wir nicht zu beurteilen. Nach dem, was die Hauptstelle der Arbeitgeberverbände resp. der wohlbekannte Oberstschornmaier Bued den einzelnen Verbänden als Verhaltensmaßregeln anempfiehlt, sind die Ansichten nach Friedensschluß allerdings nicht so greifbar. Daß die drei in Betracht kommenden Werke die Forderungen der 450 Arbeiter nicht bewilligen können, wie die Unternehmerargente und die Unternehmerpresse so oft betont haben, vielmehr nicht bewilligen wollten, geben sie jetzt selbst zu in einer von ihnen verfaßten Schilderung des Kampfes und seiner Entfaltung. Es heißt nämlich darin: „Die Frage der Lohnerhöhung spielt nur in ihren Konsequenzen eine Rolle.“ Damit haben die Gesellschaften, welchen die Schuld an dem großen Kampfe in der Elektrizitätsindustrie zuzuschreiben ist, nun selbst eingestanden, daß nicht eine Lohn-, sondern eine Machtfrage von ihnen auf diese Weise zur Entscheidung gebracht wird. Am letzten Sonntag ist in Berlin ein diesen Kampf behandelndes Flugblatt verbreitet worden. In mehreren Orten haben Versammlungen der Metallarbeiter den Berliner Ausgesperrten ihre Sympathie bekundet und Verweigerung jeglicher Streitarbeit beschloffen. Die Hirsch-Wundersehen Gewerkschaften wie auch das christliche Gewerkschaftskartell in Berlin fordern ebenfalls zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter auf und verurteilen die von den Metallindustriellen inszenierte Machtprobe auf das entschiedenste. Von den Arbeitswilligen gehen einzelne Gruppen zu den Ausgesperrten über. — In Hannover spielt sich gegenwärtig ein ähnlicher Kampf ab, natürlich in kleinerem Maßstabe. Zu der sich großartig rentierenden Hannoverischen Maschinenfabrik sollten den Brätern Mägde

gemacht werden, womit selbstredend dieselben nicht einverstanden waren. Daraufhin wurden sie entlassen. Das Ansehen an die übrigen Branchenarbeiter, Streikarbeit zu verrichten, wurde ebenso selbstverständlich zurückgewiesen. Nun ging das Auslösen los, dem bis jetzt 1800 Mann zum Opfer gefallen sind. Beschäftigt werden noch 500 Arbeiter, die jedenfalls das nämliche Schicksal teilen werden. Die dividendegeeignete Hannoverische Maschinenfabrik geht also zum mindesten ebenso strapellos vor als die Berliner Elektrizitätsgesellschaften. — In Deynhaußen streiten die Maurer. — 5000 Textilarbeitern in Plauen ist von den Lohnschiffenstichtmaschinenbesitzern gekündigt worden, die gesamten Betriebe werden am 28. Oktober geschlossen. Die Maschinenbesitzer verlangen von den Fabrikanten höhere Bezahlung für die von ihnen gelieferte Arbeit, was diese ablehnten. Auf diese Weise kommen nun 5000 Textilarbeiter auf das Straßenpflaster.

In Buenos Aires ist ein Streik der Hafenarbeiter ausgebrochen, infolgedessen ist der Belagerungszustand über diese Stadt verhängt.

Briefkasten.

E. S. in Berlin: 3,30 Mk. — S. in Flensburg: Um genannten Termine noch 1,30 Mk. Guthaben. — R. D. in Firmasens: Bei dem allgemein zur Anwendung kommenden abgekürzten Verfahren können wir dem Wunsche nicht nachkommen; der aus dem Amte wegen Abreise geschiedene Bezirkskassierer wird dies wohl auch anerkennen. — Maschinenmeisterklub in Wiesbaden: Die Rubrik heißt: Versammlungskalender, weshalb Drucksachenausstellungen darunter keinen Platz finden können. — M. in Gelsenkirchen: Wie vorsehend. — P. in Weimar: Die Adressen des Vorsitzenden und Kassierers sind im Adressenverzeichnis zu finden und damit hat es nach der richtigen Einrichtung sein Bewenden; diese Artikelferie ist

weder im „Corr.“ (der vergiffen) noch als Separatdruck zu haben. Westen Gruß! — D. D. in E.: 1,30 Mk. — F. G. in Mannheim: Wird aufgenommen. — G. E. in Schwabach: Gut, wir stellen fest, daß das Schwabacher Kartell, statt erst an den Ortsverein sich zu wenden, an den Zentralvorstand schrieb, warum die dortige Mitgliedschaft nicht dem Kartelle beitrete. Diese Beschwerde des Kartells war dumm — sind Sie nun zufriedener? — F. D. in Dresden: Wollen Sie nicht lieber auf die Aufnahme verzichten, da Sie ja mit uns übereinstimmen und in dieser Sache doch wohl genug gesagt sein dürfte. — G. in Aachen: Was soll denn da eigentlich ausginglich gebracht werden? Die Sache ist erledigt, also Schluss!

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bezirk Gagen. Der Seher Karl Lowat aus Mainz, der Drucker Heinrich Karl Schmidt aus Elberfeld sowie der Schweizerdegen Ernst Schöbe aus Düsseldorf werden erucht, sich umgehend mit dem Kassierer August Steinmann, Langestraße 28, in Verbindung zu setzen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

Adressenveränderungen.

Bezirk Göttingen. Vorsitzender: H. Bornemann, Obere Karpüle 9; Kassierer: Albert Lübecke, Emilienstraße 12.

Ellwangen. Vorsitzender: Otto Danner; Kassierer Eugen Fauter.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Treuen der Seher Paul Jakob, geb. in Plauen

1886, ausgl. daj. 1904; war schon Mitglied. — E. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41.

In Zossen '1. der Seher Adolf Dürlé, geb. in Trimmitschau 1886, ausgl. in Weizelwitz 1905; war noch nicht Mitglied; 2. der Drucker Karl Sedlaczek, geb. 1834, ausgl. in Wien 1901; war Mitglied des österreichischen Verbandes. — Wb. Schulenburg in Brandenburg a. S., Nikolaistraße 23.

Arbeitslohnunterstützung.

Gelsenkirchen. Das Viatikum für ausgesteuerte und nichtbezugsberechtigte Kollegen wird bis auf weiteres in der Wohnung des Kassierers Wurmes, Ringstraße 73, ausbezahlt.

Hamburg. Dem Schweizerdegen Otto Dölling (Hauptbuchnummer 54027) sind in Berlin auf der Herberge zur Heimat sämtliche Papiere, darunter das Verbandsbuch (Hamburg-Altona Nr. 1009), gestohlen worden. Buch und Legitimation bitten anzuhalten und nach Berlin an Wb. Beyer einzufenden.

Versammlungskalender.

Harmen-Elberfeld. Maschinenmeisterversammlung Sonnabend, den 14. Oktober, bei Sauerjopf in Elberfeld.

Chemnitz. Versammlung Sonnabend, den 14. Oktober, abends 7/9 Uhr, im Vereinslokale „Hoffnung“.

Koburg. Versammlung Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, im Restaurant N. Bauer, Zintenweh.

Krsfeld. Versammlung am 14. Oktober, abends 9 Uhr, im Vereinslokale Nodren, Peterstraße.

Leipzig. Korrektorenversammlung Montag 16. Oktober, abends 7/9 Uhr, im Restaurant „Johannistal“.

— Versammlung der Stereotypen- und Galvanoplastiker am 20. Oktober, abends 7 Uhr, in „Stadt Hannover“.

Ruhrort. Versammlung Samstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, bei F. Erkamp, Hagenstraße.

Stuttgart. Maschinenmeisterversammlung Samstag, den 14. Oktober, im Vereinslokale.

Matrizenbohrer

nur selbständige, allererste Kraft bei hoher Bezahlung gesucht. Werte Offerten unter Nr. 909 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Eilt!

[902]

Zum Verlaufe von Zigarren an Wirte usw. wird ein tücht. Agent gesucht, gleich wo wohnhaft. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. A. Kieck & Co., Hamburg.

Gesucht Herren, welche in größeren Maschinen arbeiten u. Bertr. Konfurrenzf. Artikel übrn. Hoher Lebensverdr. Musterteil kostenlos. [812] **Herm. Wolf,** Zwidau in Sachsen, Gäßlerstraße 40.

Tüchtiger Schweizerdegen

welcher im Sägen- und Beutelsache erfahren ist und sich zum Besuche der Kundschaft eignet, sofort nach Schließen gesucht. Rationier erforderlich, da Infazio übertragen wird. Werte Offerten von nur leistungsfähigen Bewerbern unter Nr. 908 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Gesucht

drei tüchtige Schriftsetzer an Rüstermannische Komplettmaschinen. [858] **Schriftsetzerei Otto Weisert, Stuttgart.**

Graveur

gesucht. Solche, die mit der Galvanoplastik vertraut sind und schon in Schriftsetzerei gearbeitet haben, erhalten den Vorzug. [897] **Brötz & Glock** Schriftsetzerei, Frankfurt a. M.

Kautschukstempelfabrik

sucht einen wirklich tüchtigen Abformer und Vulkaniseur. Ausführ. schriftl. Offerten an Schalhorn & Glaue, Berlin, Stralau-Allée 17 B.

Erster Akzidenzseher

[908]

an umsichtiges und rationelles Arbeiten gewöhnt, sucht in Berlin Kondition. Selbiger hat keine Stellungsfrage immer längere Zeit inne gehabt, ist ihm im Entwurf, Zonplattenchnitt sowie auch in allen übrigen Sazarten. Werte Offerten u. P. 25 Berlin Postamt 59 erbeten.

Tüchtiger Linotypeseher

mehrfachjährige Erfahrung, gründliche Maschinenkenntnis, sucht zum 30. Oktober event. später dauernde Kondition. Werte Offerten mit Gehaltsangabe erbeten unter F. D. 400 post. Tagend Schneider i. M. [898]

Stempelschneider

(Stahl und Zeug), in leitender Stellung, verheiratet, wünscht gelegentlich anderweitig Placement. Werte Offerten unter M. G. 3266 an Haasenstein & Vogler, A.-G., München, erbeten. [886]

Technikum für Buchdrucker

Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdruckerei-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gehilfen, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle, Leipzig-R., Senefelder-Strasse 15.

Stuttgarter graph. Versandhaus,

Theodor Leibius, jetzt Rotebühlstrasse 49 b,

empfehl: Setzerblusen, Maschinenanzüge, Ahlen, Pinzetten, Scheren, Zuchtmesser, f. Farb Bier- u. Weinzipfel, Kravattenmadeln, Broschen, Manschettenknöpfe, Bierkrüge, Pokale, Schnupftabaksdosens, Feuerzeuge. Illustr. Preisliste gratis u. franko.

Von Julius Mäser, Leipzig-R., verlange man: Die Festtage des Buchdruckers.

Preis broschiert 1 Mk. [896]

Dresden Buchdruck-Vereln. Dresden

Sonntag den 15. Oktober:

Herbstpartie

nach Cosselbaude. Abends im „Eichschloß“, Gohlis, ein Tanzchen. Abfahrt von Friedrichstädter Bahnhofe 2 Uhr 30 Min. nachm. [901]

Flensburg. Sonnabend, 14. Oktbr.: Versammlung.

Tagesordnung: 1. Tarifdiskussion; 2. Versammlungsanzeige betr.; 3. Stiftungssekt; 4. Verschiedenes. [899]

Liedertafel Gutenberg

von 1877. Hamburg-Altona.

Sonntag den 5. November: :

Stiftungssekt

im „Sagebielischen Stabliement“ (Weißer Saal), bestehend aus

Ball

mit vorhergehender Aufführung, zu der Herr Hans Langmann (Vogelkation) seine Mitwirkung zugesagt. Einlassfrist: 7 1/2 Uhr. — Anfang 8 Uhr. Mitglieder und deren Damen frei. Eingeladene: Herr nebst Dame 75 Pf., jede weitere Dame 50 Pf. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. [910]

Verein Berliner Korrektoren.

Arbeitsnachweis: Buchdruckerei J. Schlesinger, S 14, Alte Jakobstr. 65. Fernspr. Amt IV, 7919.

Versammlung Sonntag den 15. Oktober, abends 7 Uhr, im „Alexandriner“, Alexandrinerstraße 37a. T.-D.: 1. Mitteilung der Zentralkommission; 2. Renwahl des ersten Vorsitzenden; 3. Verschiedenes. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen der Mitglieder dringend erforderlich. Der Vorst. [911]

Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend.

Sonntag den 15. Oktober, abends 7/9 Uhr, bei Augustin, Dranienstraße 103:

Vereinsversammlung.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen erucht. Die Vorstandssitzung beginnt pünktlich um 1/5 Uhr. Der Vorstand. D. D. [906]

Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend.

Sonntag den 22. Oktober in der „Neuen Welt“ (Kleiner Theateraal), Fajenstraße:

Dreizehntes Stiftungsfest

verbunden mit Konzert und Theaterdarstellung nebst anschließendem Tanzkränzchen. Auftreten von Spezialitäten ersten Ranges.

Beginn des Konzertes präzis 6 Uhr. — Billets einischl. Tanz 50 Pf. Programm an der Kasse gratis. — Mitglieder haben bei Vorzeigung ihres qualifizierten Mitgliedsbuches freien Eintritt.

Billets sind bei den Mitgliedern sowie im Arbeitsnachweise, Prinz Albrechtstraße 3, zu haben.

Um zahlreichen Besuch bittet. Das Komitee. [907]

Krefeld. Samstag den 14. Oktober, abends 9 Uhr: Versammlung im Vereinslokale. Tagesordnung:

1. Vereinsmitteilungen;
2. Ausschlußanträge;
3. Vortrag des Kollegen Schöredt: Esien über die Entwicklung des Verbandes in Rheinlands-Westfalen;
4. 25-jähriges Verbandsjubiläum;
5. Kartellbericht;
6. Tarifliches;
7. Fragekasten;
8. Verschiedenes. Der Vorstand. [904]

Leipziger Korrektorenverein.

Arbeitsnachweis: **Bewalter E. Roland,** Braustraße 7, III. **Versammlung Montag den 16. Oktober, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Rest. „Johannistal“, T.-D.: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Beratung tariflicher Anträge; 3. Verschiedenes. Gäste willkommen! Es wird erucht, den Tarif mitzubringen! Der Vorstand. [905]**

Achtung, Stereotypen- und Galvanoplastiker!

Bei eventuellen Stellenangeboten von der Firma Ostas-Perling in Leipzig-Bl. Brommestraße, wolle man unbedingt Erkundigungen einziehen bei **E. Sasse,** Leipzig-S., Döhlstr. 10, II. [883]

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund.

Jungen, strebsamen Leuten ist Gelegenheit geboten, ihr Wissen zu bereichern und zu vertiefen vermittels unseres kostenfreien brieflichen Unterrichtes. Interessenten wollen unter Beifügung üblichen Portos ihre Adresse richten an **A. Grimm, Frankfurt a. M., Alter Markt 36.** Annonce bitte ausschneiden und aufgeben.

Herzlichen Dank

allen Kollegen, Freunden und Bekannten, wie auch H. S., für die zahlreichen Glückwünsche und Ehrengaben anlässlich meines 50-jährigen Berufsjubiläums in der Nordb. Buchdruckerei. Berlin, 7. Oktober 1905. **Eduard Schmidt.** [900]

Die glückliche „Geburt“ eines kräftigen Ortsvereins zeigt Hochachtung mit **Mitgliedschaft Ellwangen.** [912]

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 43 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. **Unterstützungsbriefe für Buchdrucker.** Serie A, 30 Briefe für Seher, Serie B, 30 Briefe für Drucker. Im einzelnen à Brief 75 Pf., im Abonnement à Brief 50 Pf. Bei Bezug von 6 Briefen Abonnementspreis. **Moderne Vorlagen für Zonplattenchnitt.** Heft 1 bis 5 à 1 Mk. **Die deutsche Interpunktion und der Gebrauch der mit ihr verwandten Hilfszeichen von W. Sellwig.** 80 Pf. **Praktische Hülfe für Maschinenmeister** usw. von Joh. Schorer. 1 Mk. **Walddorf, Zurückführung von Zonplatten.** 4 Mk.